

Jugendliche machen sich stark für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation

Am 22. Mai 2006 wurde im Bundeshaus die Europaratskampagne «alle anders – alle gleich» vorgestellt (siehe CHSS 3/2006, Seite 130). Von Juni 2006 bis September 2007 setzen sich Jugendliche für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation ein. Wir erklären hier, was dahinter steht und wie die Kampagne gestaltet wird.

Annette Leimer Bakkers

Geschäftsfeld Familie,
Generationen und Gesellschaft, BSV

Alles nur aufgewärmt?

1995 führte der Europarat unter dem Motto «alle anders – alle gleich» eine Kampagne durch gegen Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz. In der Schweiz zeichnete ein grosses Kampagnenkomitee mit Einzelpersonen sowie verschiedenen Partnern aus der ausserschulischen Jugendarbeit, von Jugend- und Menschenrechtsgruppen, den Kantonen und vom Bund für die vielen Aktionen, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen verantwortlich. Die Arbeiten im Rahmen der damaligen Kampagne führten unter anderem zur Schaffung der heutigen Fachstelle für Rassismusbekämpfung im GS EDI. Eine lokale Gruppe, die für die Kampagne 1995 gebildet wurde und sich gegen den Rassismus einsetzt, besteht noch heute.

2005 fanden sich die Staats- und Regierungschefs des Europarates in Warschau zum 3. Gipfel zusammen. Der damalige Bundespräsident Samuel Schmid vertrat dabei die Schweiz. An diesem Gipfeltreffen wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der explizit die Förderung der Jugendkooperation beinhaltet. Eine

Kampagne für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation wurde als Teil dieses Aktionsplans geplant. Diese Kampagne findet, wie Sie in der letzten Ausgabe von CHSS lesen konnten, von Juni 2006 bis September 2007 statt. Sie läuft unter dem Motto «alle anders – alle gleich». Ist damit die Kampagne 2006/2007 einfach eine Reprise der Ausgabe 1995? Keineswegs!

Warum überhaupt diese Kampagne?

Die Vielfalt ist positiv und eine Bedingung für kulturelles und gesellschaftliches Leben. Sie ist aber auch eine Herausforderung. Die Schattenseiten der Vielfalt, wie mangelnde Integration oder eine zunehmende Zahl von diskriminierenden und rassistischen Vorfällen, müssen angesprochen werden. Die Förderung von Menschenrechten und Partizipation gelten als Konzepte für aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Demokratie. Alle diese Überlegungen werden im Titel der Kampagne «alle anders – alle gleich» prägnant zusammengefasst: Alle Menschen sind auf Grund ihrer Individualität, Talente, Begabungen

und Potenziale anders, aber sie sind alle gleich vor dem Gesetz, sowohl als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wie in Bezug auf ihre Menschenrechte, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind.

Warum auch in der Schweiz?

In der heutigen globalisierten Welt können wir nicht mehr so tun, als ob uns des Nachbarn Streit nichts angehe. Die Schweiz ist Teil von Europa und muss sich gemeinsam mit dem Europarat gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Darüber hinaus wird die Vielfalt in der Schweiz schon gelebt und kann als Vorbild gelten: Sprachliche Minderheiten, zum Beispiel, werden geschützt, und im Grossen und Ganzen besteht in der Schweiz ein friedliches Nebeneinander.

Die schweizerische Vielfalt ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, sie wird jeden Tag neu ausgehandelt. Vor und nach jeder Abstimmung wird über Röstli- und Polenta-gräben gesprochen. Es braucht den politischen Willen und konkrete Taten, um Vielfalt zu leben. Diese Offenheit und Bereitschaft zu geben und zu nehmen ist auch bezüglich unserer neuen Vielfalt gefragt.

Der Integrationsprozess in der Schweiz war im europäischen Vergleich bisher recht erfolgreich. Die Herausforderungen jedoch bleiben. Sie betreffen besonders die Jugend. Der erst vor kurzem präsentierte Integrationsbericht des Bundesamtes für Migration weist darauf hin, dass 50 000 ausländische Kinder Sonderklassen besuchen. Sie werden damit anteilmässig wesentlich häufiger als Schweizer Kinder als so genannt Lernschwache eingestuft. Jährlich

**alle anders
alle gleich**

absolvieren 3000 ausländische Jugendliche keine ordentliche Berufsausbildung. Für Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei aber auch Portugal sind Lehrstellenplätze besonders schwer zugänglich. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass es eine Diskriminierung auf Grund der Herkunft gibt. Da wird eine Zeitbombe für unsere Gesellschaft geladen!

Um an der Gesellschaft teilhaben zu können, muss eine Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, Arbeit und anderen Ressourcen bestehen. Dieser gerechte Zugang muss von der Gesellschaft sichergestellt werden. Andererseits kennen wir erfolgreiche Integrationsprozesse, und schon integrierte Menschen können ihre Erfahrungen und ihr Wissen weitergeben und so andere einschliessen. Chancengleichheit bedeutet weiter, Diskriminierung abzubauen und vorbeugend zu verhindern. Als Beispiel soll die Kampagne ermöglichen, Diskriminierungen, welche Jugendliche erfahren (Lehrstellensuchende, Zugang zu Lokalen etc.), zu thematisieren und konstruktive Lösungsvorschläge vorzustellen.

Und konkret?

Nur mit vereinten Kräften, im gemeinsamen Wirken der zivilen Gesellschaft und NGOs, der Verwaltung und Eidgenössischen Kommissionen, können die oben skizzierten Ziele erreicht werden. Der Bund kann auf die Rahmenbedingungen einwirken, indem Erfahrungen bei der Förderung von Jugendpartizipationsprojekten oder von solchen gegen Rassismus an ein breiteres

Publikum herangetragen werden, indem Projekte finanziell unterstützt werden oder schon entwickeltes Wissen an Projektträger weitergegeben wird. Die einzelnen konkreten Projekte müssen aber vor Ort, auf lokaler oder regionaler Ebene und bei NGOs stattfinden.

Im Gegensatz zur Kampagne 1995 wird für 2006/2007 kein grosses Kampagnenkomitee eingesetzt. Die Kampagnenleitung wird von INFO KLICK.CH (Kinder- und Jugendförderung Schweiz) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV sichergestellt. Eine Steuergruppe (BSV, Fachstelle für Rassismusbekämpfung, INFO KLICK und SAJV) stellt die Tagesleitung und die laufenden Kontakte sicher. Die Bundesstellen, die von den inhaltlichen Zielen der Kampagne angesprochen sind, wurden an einer ersten Sitzung über die Kampagne informiert. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, die Kantone ebenfalls für die Anliegen der Kampagne zu gewinnen. Die NGOs (Jugendverbände wie Menschenrechtsorganisationen) werden an einem eigenen Treffen über Impulse aus der Kampagne informiert und erarbeiten, wie sie sich für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation einsetzen können.

Für diese Kampagne wird kein eigener Kredit zur Verfügung gestellt. Schon bestehende Kredite, wie der Projektkredit im Rahmen des Jugendförderungsgesetzes oder die Finanzhilfen gegen Rassismus, werden gezielt für die Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen der Kampagne eingesetzt. Die schon erwähnten Bundesstellen haben untereinander abgesprochen, Projekte in-

haltlich zu fördern und somit die Kampagne breit abzustützen. Stellen, die keine Geldmittel zur Verfügung stellen können, aber inhaltlich betroffen sind (Beispiel Frauen, Rassismus, Sport, Behinderte), werden die Anliegen der Kampagne in die Alltagsarbeit einfließen lassen und schon bestehende Gefässe nutzen.

Kampagne à la jeunesse

Im Gegensatz zu bekannten und medienwirksamen Kampagnen ist die Kampagne «alle anders – alle gleich» eine Baustelle. Erst im Zusammenfließen der verschiedenen Vorhaben und Veranstaltungen wird sie Gestalt annehmen und ein Gesicht erhalten. Erste Schritte wurden schon gemacht: Am 2. und 3. Juni 2006 fand am Imagine Festival gegen Rassismus (Basel) sowie an den Footbag-Europameisterschaften (Lausanne) die Eröffnung der Kampagne statt. Verschiedene Projekte werden im Laufe der nächsten Monate realisiert und können hoffentlich als Beispiel gelten für weitere mögliche Projektträger. Wir werden Sie über den Fortschritt dieses Kampagnen-Gebäudes auf dem Laufenden halten.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.alleanders-allegleich.ch
www.tousdifferentstousegaux.ch
www.tuttiiversi-tuttiuguali.ch
www.tutsdifferentstutsequals.ch

Annette Leimer Bakkers, Bereich Kinder, Jugend- und Altersfragen, Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft, BSV.
 E-Mail: annette.leimer-bakkers@bsv.admin.ch